


Fraktion der Verbandsversammlung	
14 / 0563	

	31.03.2022
Fraktionsanfrage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Verbandsversammlung	zur Kenntnis	01.04.2022	
Ausschuss für Mobilität	zur Kenntnis	24.05.2022	

**Betreff: Anfrage der SPD im Ruhrparlament:
Aktualität des Bundesverkehrswegeplans**

Anfrage

Der 2016 beschlossene Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist die Basis für verkehrspolitische Entscheidungen des Bundes bis einschließlich 2030. Der das Gesamtnetz betreffende Plan soll zum einen für den Erhalt der Infrastruktur, aber auch die Beseitigung von Engpässen, sorgen. Somit bildet der BVWP, neben Schiene und Wasser, auch die Grundlage für den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen von. Gemäß § 4 FStrAbG ist dieser Bedarfsplan in regelmäßigen Abständen im Rahmen einer Bedarfsplanüberprüfung (BPÜ) an aktuelle Bedürfnisse und Entwicklungen anzupassen.

Nach uns vorliegenden Informationen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr soll die BPÜ im Jahr 2023 abgeschlossen werden und der BVWP angepasst werden.

In Anbetracht wirkungsreicher, globaler Entwicklungen – sei es die Klimakrise, die pandemische Situation, die russische Aggression in der Ukraine oder Innovationen – ergeben sich auch dringend notwendige Anpassungen im Verkehrssektor. Die Auswirkungen sind vielfältig und betreffen nicht nur Infrastruktur, sondern auch unser Verkehrsverhalten bspw. durch mehr Homeoffice. Die Einhaltung der Klimaziele bis spätestens 2045 steht hierbei im Vordergrund. Eine entsprechende Wirkung auf die BPÜ und betroffene Pläne ist anzunehmen.

Aus diesem Grund erachtet die SPD im Ruhrparlament eine Diskussion über Dimensionierung des Ausbaus von Autobahnen, wie beispielsweise der A3 in Oberhausen, als richtig und wichtig. Diese Diskussion muss allerdings auch mit Blick auf das Gesamtnetz geführt werden. Daher bitten wir die Verwaltung, in Rücksprache mit den verantwortlichen Stellen, um die Beantwortung folgender Fragen bis zum nächsten Ausschuss für Mobilität am 24.05.2022:

1. Welche Autobahnabschnitte in der Metropole Ruhr sind in welchem Umfang vom aktuellen BVWP betroffen? Wann ist mit entsprechenden Baumaßnahmen zu rechnen?
2. Inwiefern ist die RVR-Verwaltung in die 2018 eingeleitete BPÜ eingebunden?
3. Liegen bereits Zwischenergebnisse der Verkehrsprognose 2040 für die BPÜ vor?
4. Wenn „ja“, welche ersten Rückschlüsse lassen diese mit Blick auf die Entwicklung des Gesamtnetzes (insb. Straßen) zu? Und können erste Aussagen für das dichte Netz in der Metropole Ruhr getroffen werden?
5. Inwiefern bezieht die BPÜ die Effekte von neuen Radschnellverbindungen auf das Gesamtnetz mit ein?
6. Inwiefern bezieht die BPÜ die Effekte von neuen Schnellbusverbindungen auf das Gesamtnetz mit ein?
7. Inwiefern wirken sich gestiegene Baukosten im Straßenbau auf die BPÜ und somit die Umsetzung des BVWP aus?
8. Wie bewertet die RVR-Verwaltung die künftige Entwicklung der Straßeninfrastruktur unter Einbeziehung globaler Trends und den Aussagen des RMEK?

Bearbeiter/in	Fraktionsgeschäftsführer/in	Fraktion/en
Kolecki, Melanie	Gustrau, Michael	Fraktion SPD
Bezugsnummer.		

Fraktionsvorsitzende SPD
gez. **Frau Martina Schmück-Glock**